VR-10-001 Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen (V-50, V-104 geeint)

Antragsteller*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)

Änderungsantrag zu VR-10

Von Zeile 1 bis 8:
~~Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als „kleinen Baustein einer ganz großen Mauer“. Ein vielsagender Satz, den er später zurücknahm.~~

~~Durch die Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen droht dauerhafter Schaden für die europäische Freizügigkeit, ohne dass die Grenzkontrollen die ausgegebenen Ziele erreichen.~~

Der islamistische Terroranschlag in Solingen hat uns zutiefst erschüttert. Für uns Bündnisgrüne ist klar, dass diese furchtbare Tat auch politische Konsequenzen haben muss. Diese Konsequenzen müssen jedoch wirksam, angemessen und rechtskonform sein. Wir wollen unsere Sicherheitsbehörden mit allen notwendigen Instrumenten und Befugnissen ausstatten, um solche Anschläge möglichst im Vorfeld zu verhindern. Wir wollen der voranschreitenden Radikalisierung in sozialen Medien und auf Videoplattformen entschieden entgegentreten. Und wir wollen das Vertrauen in einen funktionierenden Rechtsstaat wiederherstellen, indem wir für die konsequente Anwendung der bestehenden aufenthaltsrechtlichen Regelungen sorgen. Durch die Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen droht aber ein dauerhafter Schaden für die europäische Freizügigkeit, ohne dass die Grenzkontrollen die ausgegebenen Ziele erreichen. Deshalb lehnen wir diese Maßnahme ab.

Begründung

Die Anordnung von Nancy Faeser kommt ja nicht aus heiterem Himmel, sondern ist eine Reaktion auf den islamistischen Anschlag in Solingen.

Das sollten wir unbedingt zu Beginn klarstellen und anerkennen, dass ein solcher Anschlag Konsequenzen haben muss - nur eben richtige Konsequenzen, die wirksam, angemessen und rechtskonform sind.

Zum Anderen sollten wir uns nicht nur darauf beschränken, falsche Maßnahmen wie dauerhafte stationäre Grenzkontrollen abzulehnen.

Vielmehr sollten wir die aus unserer Sicht sinnvollen Lösungsansätze direkt zu Beginn des Antrags zumindest anreißen.

weitere Antragsteller*innen

Olaf Horlbeck (KV Vogtland); Franziska Schubert (KV Görlitz); Ferdinand Müller (KV Leipzig); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Gunter Friedel (KV Leipzig); Tobias Hocke (KV Göppingen); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Simon Zunk (KV Uckermark); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Diana Siebert (KV Köln); Simon Richter (KV Berlin-Pankow); Florian Döllner (KV München); Rita Schilling (KV Oldenburg-Stadt); Gerhard Thiel (KV Diepholz); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Katrin Lukowitz (KV Rhein-Kreis-Neuss); Jörg-Heinrich Penner

(KV Hamburg-Harburg); Eike Schuster (KV Mettmann); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.